Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 15 (1935-1936)
Heft: 8

Artikel: Deutschland und der Norden als politische Aufgabe
Autor: Schmidt-Wodder, Johannes
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-158043

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Deutschland und der Norden als politische Aufgabe.

Von Johannes Schmidt-Wodder, Tondern.

Es ist auffällig, wie sich die politische Diskussion heute mit einer Nord-Süd- und einer Ost-West-Linie in der europäischen Politik beschäftigt. Es ist das ein deutliches Zeichen dafür, daß die Politik des Völkerbundes allmählich abgelöst wird durch neue dynamische Kräfte, die den unheilvollen Status quo zu überwinden suchen. Der Völkerbund ist aus dem Sieg der Westmächte über Deutschland entstanden, und der schöne Namen kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß dieser Bund ängstlich über die damals erreichte Machtstellung wacht, und weil er ein Bund der Siegerstaaten und nicht der Völker ist, nicht durchzudringen vermag zu einer schöpferischen Politik, die wirklich die Völker befreien könnte.

Gleich bei der Geburt des Völkerbundes hat der verstorbene Moeller van dem Bruck in seinen verschiedenen Schriften auf dies Verhängnis hingewiesen. Er ist es zugleich, der zuerst das Recht der jungen Völker vor der Weltgeschichte anmeldete und allgemein die Parole ausgab, daß von den Völkern aus Europa gebaut werden müßte. Das ist dann auch das Hoffnungsvolle der Gegenwart, in der die besagten neuen dynamischen Kräfte sich durchzusetzen suchen, daß die unfruchtbare Losung, den Status quo erhalten zu wollen, abgelöst wird durch die Forderung, organisch von den Völkern aus zu bauen.

Der Völkerbund kann diese neue Forderung auf die Dauer nicht überhören und wird durch die Aktivität deutscher Politik, die sich vom Völkerbund gelöst hat und lösen mußte, um die Lebensinteressen des eigenen Volkes vertreten zu können, in stärkste Unruhe versetzt. England will offenbar von der Versailler Politik sich lösen, aber mit dem Völkerbund. Der Völkerbund hält aber vorläufig fest an der Status-quo-Politik. Solange dieser Zustand dauert, ist von daher keine schöpferische Politik zu erwarten. Deshalb fragt man nicht mehr: was will der Völkerbund, sondern sucht unabhängig davon nach den Faktoren, die die europäische Politik am stärksten bestimmen. In dieser Verbindung schrieb Severus im Februarheft der „Tat" in dem bemerkenswerten und vielbemerkten Aufsatz „Gewitter über den Alpen" von der Süd-Nord- und Ost-West-Linie. Er tat es als Warner, der darauf aufmerksam macht, wie vom Süden her die neue imperialistische Idee nach Norden vorstößt und sich mit den ebenfalls imperialistischen Zielen eines nach Osten vordrängenden Frankreichs verbündet. Ich selbst griff in der Märznummer der „Schweizer Monatshefte" ein Wort des schwedischen Politikers Kjellén auf von den zwei Linien, die sich kreuzen da, wo die Meeresstraßen die Nord- und Ostsee verbinden, also in den dänischen Gewässern. Ich suchte glaubhaft zu machen, daß die Süd-Nord-Linie die Ruhe-

linie europäischer Politik sei, aber nicht ohne darauf aufmerksam zu machen, daß neuerdings die Politik Italiens diese Tendenz stört. Es hänge viel davon ab, so meinte ich, ob Italien lernen würde, das Recht des Volkstums zu respektieren oder nicht.

Es hat seinen Reiz, das Bild der politischen Lage, wie es vom Süden und wie es vom Norden gesehen wird, in einem Gesamtbild zu vereinigen, das ungefähr folgende Züge tragen würde:

Deutschland hat den unbedingten Willen, die Kräfte seines Volkes zusammenzufassen und von diesem Standpunkt aus erkennt es ebenso vorbehaltlos das Recht und die selbstverständliche Pflicht der benachbarten Völker an, von sich aus dasselbe zu tun. Wo die Verwirklichung dieser politischen Linie ihre Schwierigkeiten findet, da wo die Völker sich berühren, sich ineinanderschieben und die Staatsgrenzen durch die Völker hindurchschneiden, muß eine höhere europäische Solidarität die unbedingte Anerkennung der Volksrechte fordern, auch im fremden Staat, und am liebsten eine weitgehende Kooperation der betreffenden Völker und Staaten herbeiführen. Deutschland ist sich bewußt, damit eine politische Richtung einzuschlagen, die der bisherigen imperialistischen Tendenz, vor allem der Westmächte, ein organisches Prinzip entgegensetzt.

Der skandinavische Norden ist durch sein besonderes politisches Schicksal, das ihm vergönnte, in relativer Ungestörtheit auf einheitlicher Volksgrundlage sein Staatswesen aufzubauen, in dieselbe Linie gewiesen. Der einzige nordische Staat, der empfindlicher durch die Nachbarschaft eines anderen Volkes berührt ist, ist Dänemark. Dänemark kann sich allerdings nur schlecht an den Gedanken gewöhnen, daß sich nicht in einer mißtrauischen, abweisenden Haltung gegenüber Deutschland, sondern in einer vertrauensvollen Zusammenarbeit die Zukunft am besten gründet.

Österreich, dies unglücklichste Opfer des Versailler Friedens und einer unfruchtbaren intrigierenden Völkerbundspolitik, hat in der gegenwärtigen Situation keinen politischen Willen, der sich irgendwie aktiv geltend machen könnte, wenn auch über seine volkliche Zugehörigkeit kein Zweifel ist und zweifellos auch der ganz überwiegende Teil der Bevölkerung sich nach einer natürlichen Verbindung mit dem deutschen Volke sehnt.

Italiens imperialistisches Streben, das der neuen, für Europa Geltung heischenden Politik Deutschlands absolut widerspricht, ist augenblicklich eine der größten Gefahren Europas.

Die Schweiz beginnt immer klarer diese Gefahren, die von Italien her drohen, zu sehen nnd stärkt sich in dem Willen, ihre Selbständigteit zu wahren.

* * *

Wenn man die Lage so sieht, dann ist es klar, daß für Deutschland eine Fülle von Schwierigkeiten und Spannungen im Süden liegen und daß es einer sehr geschickten und beherrschten Politik bedarf, um ihrer Herr zu

werden. Man muß dem imperialistischen Willen Italiens einen Willen des deutschen Volkes entgegensetzen, der Italien zwingt, auch seinerseits wie Deutschland den Lebensinteressen der Völker Rechnung zu tragen. So allein würde es zu dem Ausgangspunkt, der die Gründung eines machtvollen italienischen Staates überhaupt erst ermöglichte, zurückkehren.

Eine solche ruhige und beherrschte Politik Deutschland's wird umso notwendiger sein, als West und Ost, Frankreich und Rußland sich neuerdings gefunden haben, um die deutsche Mitte zu umklammern und die nach dem Süden gespannte Lage zu nutzen, um die Nachfolgestaaten in das Netz um Deutschland hineinzuziehen. Man muß mit dem deutschen Reichskanzler darauf hoffen, daß die ungeheure Dringlichkeit eines europäischen Neubaus auf Grundlage geordneter Völkerverhältnisse sich so stark erweist, daß die von Versailles her stammenden Machttendenzen, die Deutschland ausschalten möchten aus dem Spiel der Kräfte, der Überzeugung weichen müssen, daß gerade Deutschland der wichtigste Baustein im Aufbau eines neuen Europas ist. Aber niemand kann verkennen, daß die Gefahr außerordentlich drohend ist, daß man dem Geist von Versailles wieder verfällt.

Umso mehr sollte es Deutschland zu schätzen wissen, daß der skandinavische Norden in dieser gespannten Lage die Ruhe bewahrt und durch den dänischen Außenminister Munch erklären ließ, daß es sich nicht daran beteiligen würde, Deutschland auf die Anklagebank zu setzen. Das bedeutet sicher zunächst nicht mehr, als daß der skandinavische Norden nicht gewillt ist, sich hineinziehen zu lassen in ein Machtringen, das lediglich davon bestimmt ist, die in Versailles gewonnene Machtstellung auf die Ohnmacht Deutschlands zu gründen. Das ist aber, so wie die Dinge heute liegen, schon viel, und Deutschland hätte Grund, sich ernstlich zu fragen, ob man nicht einen Schritt weiter kommen könnte, daß aus der Zurückhaltung eine allmählich freundschaftliche Annäherung werden könnte.

Tatsächlich zeigt die deutsche offizielle Politik diesen Willen, der dadurch seine besondere Belebung erhält, daß wir es im Norden mit germanischen Völkern zu tun haben. Man kann dem gegenüber sicher mit Recht darauf hinweisen, daß eine derartige Rassenverwandtschaft nicht hinreicht, um darauf eine befreundete Politik zu gründen. Man kann auch unter Völkern ähnliches erleben wie in der Familie, daß Streitigkeiten unter Verwandten oft besonders gereizte Formen annehmen. Wer die deutsch-nordische Geschichte kennt, wird auch in diesem Verhältnis solche Züge finden. Trotzdem, es liegt hier ein Verwandtschaftsverhältnis vor, und es dürfte sehr nützlich sein, diese Wirklichkeit sich deutlich vor Augen zu halten, denn wenn es richtig beachtet ist, daß Verwandtschaft nicht ohne weiteres davor bewahrt, miteinander in Streit zu geraten, so liegt zweifellos auch die Möglichkeit vor — und diese Möglichkeit dürfte der tiefere Sinn sein, — daß auf der Verwandtschaft sich auch eine festere, tiefere Verbindung gründen läßt.

Es dürfte sogar für den Realpolitiker völlig unentschuldbar sein, wenn er an der Tatsache vorbeiginge, daß um Deutschland herum eine Reihe kleinerer germanischer Staaten liegt, deren Verhältnis zu Deutschland für die ganzen außenpolitischen Beziehungen Deutschlands von außerordentlicher Wichtigkeit ist. Ich denke dabei an Österreich, das nicht sagen darf, daß es zu Deutschland will und das sicher noch heute nach dem Willen seiner Bevölkerung mindestens in eine freundliche Verbindung zu Deutschland zu treten wünscht. Ich denke an die Schweiz selbst, von dessen Bevölkerung etwa zwei Drittel deutschen Volkstums sind. Ich denke an Holland, das ebenso wie die Schweiz sich ein eigenes Staatswesen, dazu noch eine eigene Sprache sich geschaffen hat. Ich scheide bei dieser Betrachtung England aus, obwohl es natürlich mit zu den stark germanisch geprägten Ländern gehört, aber als Weltreich in seinen Beziehungen zu Deutschland ganz anders zu werten ist.

In dieser germanischen Völkerfamilie, wenn wir das so nennen wollen, hat natürlich ohne weiteres Deutschland das Übergewicht, politisch gesehen. Es wäre mehr als töricht, Deutschland daraus einen Vorwurf zu machen, aber andererseits muß Deutschland sich darüber klar sein, daß diese Tatsache allein genügt, um leicht Mißtrauen gegen Deutschland entstehen zu lassen. Deutschland darf sich dadurch nicht reizen lassen, sondern hat umso peinlicher eine Politik zu führen, die diesen kleineren Staaten die Überzeugung stärkt, daß Deutschland nicht daran denkt, seine Macht zu mißbrauchen, oder auf die kleineren Verwandten zu drücken. Deutschland führt nach dem Willen des Reichskanzlers eine Politik vom Volke aus. Bei dieser hohen Wertung des Volkes kann und darf die Machtfrage nicht die entscheidende sein bei den Beziehungen der Völker. Der Völkerbund ist ganz einseitig auf Macht aufgebaut, wenn man es auch zu verdecken sucht, und der Völkerbund hat tatsächlich das Vertrauen der kleineren Völker und Staaten längst verloren. Es gehört ruhiges Selbstbewußtsein, kluge Zurückhaltung und ritterliche Art dazu, wenn Deutschland nicht ähnliches erleben will.

* * *

Wir beschäftigen uns hier mit dem Verhältnis von Deutschland zu den nordischen Staaten. Gott sei Dank ist die Wirklichkeit so, daß kein Grund vorliegt, von Deutschland ein Machtstreben nach dem Norden hin zu fürchten, das seine Nachbarn beunruhigen könnte. Nur Dänemark ist beunruhigt wegen Nordschleswigs, das durch Versailles von Deutschland getrennt und Dänemark zugeteilt wurde. Man macht geltend, daß Nordschleswig nicht viel für Deutschland bedeutet und daß Deutschland deshalb um Nordschleswigs willen schwerlich sein Verhältnis zum Norden aufs Spiel setzen würde. Es ist das von dänischer Seite oft als Erwartung ausgesprochen, aber man beruhigt sich doch nicht dabei, weil in Nordschleswig eine deutsche Volksgruppe Dänemark eingegliedert ist, die mit der getroffenen Entschei-

dung sich nicht abfinden will. Von reichsdeutscher Seite hat man umgekehrt neuerdings als kühle Erwägung gegenüber dänischer Gereiztheit gefragt, ob Dänemark wirklich damit gedient sei, das deutsche Volk zu reizen durch die Haltung der dänischen Presse und allerhand Vorgänge im Grenzland. Dieses Gespräch hin- und herüber erhebt sich nicht über das Niveau bisheriger Grenzkämpfe. So kommt man schwerlich weiter.

Alles läge sehr viel einfacher, wenn nicht die ganze Grenzentscheidung Deutschland durch Versailles aufgezwungen wäre. Es wurde wohl versucht, eine Entscheidung in unmittelbarer Vereinbarung mit Deutschland zu finden, aber dazu kam es nach dem Willen der Entente nicht. Es durfte nicht dazu kommen, weil man eine Verständigung zwischen Deutschland und Dänemark nicht wünschte. Der Engländer Bruce, damals Sekretär in der internationalen Kommission, die in den beiden Abstimmungszonen die Herrschaft übernahm für die Zeit, die zur Durchführung der Abstimmung festgesetzt war, zeigt dafür ein gewisses Verständnis in seiner 1934 herausgekommenen Schrift „Danmark venter". Er vertritt in dieser Schrift mit einer heute ungewöhnlichen Unbefangenheit die Auffassung, daß Dänemark sich der Aufgabe nicht gewachsen gezeigt hätte, die ihm durch die Angliederung von Nordschleswig erwuchs, und sagt es frei heraus, daß man schon damals, als die Entscheidung getroffen wurde, seine Bedenken gehabt hätte, ob sich das auch günstig für Nordschleswig auswirken würde. In dieser Schrift sagt Bruce u. a. auch, daß Dänemark interessiert sein müßte an einem guten deutsch-dänischen Verhältnis und in der Beziehung nicht getan hätte, was man hätte erwarten müssen. Die gereizte Haltung dem neuen Deutschland gegenüber sei nicht zu entschuldigen.

Dänemark hat solche Vorhaltung als durchaus unbefugt abgewiesen, aber daß sie erfolgte und zwar von englischer Seite und von Seiten eines Mannes, der Dänemarks Freund ist, ist doch ein deutliches Zeichen dafür, daß die Dinge nicht in Ordnung sind.

Wer wird sie in Ordnung bringen, wenn doch ein starkes Interesse vorliegt, daß es geschieht. Man darf kaum erwarten, daß von Dänemark aus entscheidende Schritte in der Richtung getan werden. Dazu hat die ganze dänische Politik einen viel zu kleinen und engen Zug, der immer nur ängstlich darauf sieht, daß man ihm nicht zu nahe tritt. Eher könnte man sich denken und darauf hoffen, daß Deutschland in einem gegebenen Augenblick eine großzügige Lösung vorschlägt, die die ganze Situation von Grund auf ändern könnte und zwar in dem Sinne, daß Nordschleswig nicht mehr wie bisher Zankapfel zwischen den beiden Nachbarn sei, sondern ein Gebiet, in dem die beiden Völker sich freundschaftlich berühren. Das müßte zugleich der Anlaß werden, das außenpolitische Verhältnis zu ordnen und für das Grenzland wirtschaftlich und kulturell gesicherte und befreiende Verhältnisse zu schaffen. Professor General Haushofer hat uns gelehrt, daß Grenzfragen nicht in erster Linie die Frage der richtigen Grenzziehung sei, daß jedenfalls damit die Aufgabe in keiner Weise gelöst sei, sondern daß es sich

in jedem Fall um ein Gebiet handelte, in dem zwei Völker ihre Verhältnisse miteinander ordnen müßten. Das dürfte die große Aufgabe sein, die dem Norden gegenüber vorliegt, und die Lösung dieser Aufgabe würde viel dazu beitragen, um die Bahn für ein gutes Verhältnis zum gesamten Norden frei zu machen.

Man kann wohl von deutscher Seite mit Recht geltend machen, daß Nordschleswig eine Frage zwischen Deutschland und Dänemark sei, denn natürlich ist es das, aber wenn man in großen Zusammenhängen denkt, dann muß man wissen, daß eine gewisse nordische Solidarität besteht, die wohl nicht so weit geht, daß man bereit ist, die gezogene Grenze für Dänemark zu garantieren, aber sicher ein starkes Interesse daran hat, daß hier eine freundschaftliche Ordnung stattfindet. Wir Deutschen haben keinen Grund, diese Solidarität ganz allgemein als störend abzulehnen, und würden sicher unklug handeln, wenn wir versuchen wollten, unsererseits diese Solidarität zu stören, ganz abgesehen von der Frage, ob das für uns möglich wäre. Diese Solidarität kann uns im Gegenteil außerordentlich erwünscht sein, wenn sie keine deutschgegnerische ist.

Sieht man die Dinge groß, wird man sich bei Verfolgung seines Zieles nicht von kleinen Gereiztheiten aufhalten lassen, sondern als der Starke das Ziel fest im Auge behalten. Die Grenzpolitik Deutschlands und nicht weniger Dänemarks stand bisher unter dem Zeichen kleiner und kleinlicher Reibungen und wurde deshalb hin und her gerissen von den augenblicklichen Stimmungen oder Verstimmungen. Die große Zielsetzung deutscher Politik durch den Führer des Deutschen Reiches wird diesem Hin und Her hoffentlich ein Ende machen, und wenn es verständlich ist, daß man sich bisher wenig mit dem Problem Nordschleswig befaßt hat, weil man nach andern Seiten hin stärker in Anspruch genommen war, so muß die Zeit doch kommen, wo man nach dem Norden hin eine Initiative zeigt, dann aber eine großzügige, die sich durch nichts aus dem Gleichgewicht bringen läßt.

Dänemark macht es Deutschland sicher nicht leicht. Die Presse vergriff sich oft in unfreundlicher Beurteilung reichsdeutscher Einrichtungen und Vorgänge. Man versuchte auch in völlig unbegründeter Weise Gespenster an die Wand zu malen, redete von deutschem Angriff auf dänischen Boden und planmäßiger deutscher Einwanderung. Die Leute, die es tun, voran der frühere Abgeordnete der dänischen Bevölkerung im deutschen Reichstag, Hans Peter Hanssen, machen sich damit einer Brunnenvergiftung schuldig, die unverzeihlich ist, denn die Tatsachen reden eine ganz andere Sprache.

Das deutsche Volk hat hier wie überall außerhalb der Grenzen des Reichs erheblich an Boden verloren, was man auf dänischer Seite weiß, und Dänemark verhindert mit allen Mitteln, daß deutsche Menschen sich in Nordschleswig niederlassen, auch wenn sie dort ihre Heimat und ihre Familienbeziehungen haben. Es scheut sich keineswegs, in diese engsten Pietätsbeziehungen einzugreifen. Es hat dazu ein formales Recht und folgt

Methoden, die auch anderswo angewandt werden, aber es sind die kleinlichen und üblen Methoden des Grenzkampfes alter Art.

Sagen wir noch einmal, worauf es vor allem ankommt: Schaffung voller national-kultureller Freiheit, wirtschaftliche Sicherung für das Grenzland, vor allem, daß der Boden in Händen der Familie erhalten bleibt, und außenpolitische Verständigung als der großpolitische, schützende Hintergrund. Es will uns wichtig erscheinen, daß Deutschland sich nicht dabei beruhigt, daß vom Norden her keine Gefahr droht, sondern versucht, nach dem Norden hin befreiend und beruhigend zu wirken.

„Hauptgesichtspunkte der Bundesbahnreform".

Eine Entgegnung.

Von **Ernst Geyer.**

In Heft 6 der „Schweizer Monatshefte" befaßt sich ein Berner Mitarbeiter, der den S. B. B. sehr nahe stehen dürfte, unter dem Titel „Hauptgesichtspunkte der Bundesbahnreform" mit der Sanierung und Reorganisation unseres großen Staatsbahnunternehmens. Trotz scharfer sachlicher Meinungsverschiedenheit möchte ich doch den jede Übertreibung meidenden Ton des Artikels anerkennen. Der Berner Mitarbeiter hat, mit nur geringen Ausnahmen, jede demagogische Bemerkung unterlassen. Nichtsdestoweniger ist eine entschiedene Entgegnung und Widerlegung seiner Ausführungen in materieller Hinsicht vonnöten, wobei gleich zu Anfang festgestellt sei, daß der Verfasser dieser Entgegnung ein überzeugter Befürworter der Initiative zur Entpolitisierung der S. B. B. ist, die der Berner Mitarbeiter bekämpft, und bei deren Durchführung eifrig mitgearbeitet hat.

Dem Berner Mitarbeiter der Monatshefte kann man allerdings in den Schlußpartien seiner Ausführungen zustimmen. So gibt es für das Projekt Bratschi sicher nichts anderes als die strikteste Ablehnung. Herr Bratschi und seine Gewerkschafter möchten ja nicht nur die Bundesbahnen gleich wie den Regiebetrieb der Post organisieren und ihnen so auch den letzten Rest der Selbständigkeit, die für ein der Konkurrenz ausgesetztes Wirtschaftsuntnehmen lebensnotwendig ist, rauben, sondern eine riesenhafte, eine Mammut-Monopolanstalt schaffen, die nicht nur den Bahn-, sondern auch den Straßenverkehr so restlos als möglich verstaatlichen sollte. Diese tollen Begehren, von denen man nicht weiß, ob sie rein aus taktischen Gründen aufgestellt wurden, oder ob sie machtbewußtem Übermut entspringen, sind nicht nur nicht annehmbar, sondern nicht einmal diskutierbar. Die Übernahme sämtlicher Privatbahnen von einiger Bedeutung durch den Bund, die Verstaatlichung des ganzen Güterverkehrs auf der Straße